



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/162

15. Juli 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Schlußrunde in Salzgitter	S.1
Was wird aus der Saar? (Bericht aus Paris)	S.3
Zeitungen in Nordeuropa	S.4
Wer wen wählen wollte (Eine Untersuchung des EMINID-Institutes)	S.6

Schlußrunde in Salzgitter

-dt. Mit gereizten Worten beschuldigen sich deutsche und englische Stellen in Hannover gegenseitig in der Frage der Demontage der ehemaligen Reichswerke Salzgitter. In der letzten Phase wurde hinter verschlossenen Türen verhandelt und man hörte dabei nur die Stimme der Engländer, die von Zeit zu Zeit den Deutschen vorwarfen, ungenügende Vorschläge unterbreitet zu haben, wie das Gelände der Reichswerke für friedliche Zwecke nutzbar zu machen sei und die rund zehntausend zu dauernder Arbeitslosigkeit verurteilten Stammarbeiter des Werkes zu neuen Arbeitsplätzen kämen. Die deutschen Stellen schwiegen dazu. Sie schweigen im Sachlichen auch heute noch. Das bringt sie in eine ungünstige Position und propagandistisch bleiben die Engländer Sieger, wie sie es faktisch auch auf dem Trümmergelände der Reichswerke sind.

Was steckt hinter diesem plötzlich zutage getretenen Streit? Die Tatsache, dass die Engländer und die Deutschen von verschiedenen Plattformen aus operieren. Es geht heute nach der eigentlichen Zweckentwässerung des Werkes, Stahl zu erzeugen, im wesentlichen um die beiden letzten grossen, von der Demontage noch nicht erfassten Objekte: die Stahlwerk- und die Walzwerkhalle. Beide Hallen bedecken einen Raum von etwa 200.000 qm, im Grunde genommen sind sie die einzige Basis zur Ansiedlung von neuen Industrien. Im Petersberger Abkommen hat sich der Bundeskanzler mit der Demontage dieser Hallen abgefunden; die Engländer sind also formal im Recht, wenn sie sich in Diskussionen darüber nicht mehr einlassen. Allerdings dürften sie dann den Deutschen nicht

vorwerfen, ungenügende Vorschläge für neue Arbeitsplätze eingereicht zu haben. Diese Vorwürfe gleichen dem Vorgehen eines Finanzamtes, das einen Betrieb wegen Steuerschulden sperren lässt, aber auf Bezahlung der vollen Schuld beharrt.

Die deutschen Stellen, in Hannover wie in Salzgitter, nicht in Bonn, hatten die Hoffnung nicht aufgegeben, die beiden Hallen trotz des Petersberger Abkommens zu retten. Diese Hoffnung ist verständlich, sie ist ausserdem begründet, weil sie den gesunden Menschenverstand zum Bundesgenossen hat. Die Werkleitung hat daher nicht, wie befohlen, Vorbereitungen zum Abbau getroffen, sie hat vielmehr immer wieder Pläne ausgearbeitet, wie die Hallen zu erhalten seien. Der gesunde Menschenverstand aber erwies sich als Bundesgenosse zu schwach; jetzt droht die Gefahr, dass die ob der Missachtung des Demontagebefehls erbitterten Engländer die Hallen selbst demontieren.

Der Fehler auf deutscher Seite liegt originär darin, dass eine ortsfremde Instanz, nämlich die Bundesregierung, über das Schicksal der Reichswerke entscheiden konnte bzw. musste. Dem Bundeskanzler konnte es leichter fallen, auf die zwei Hallen zu verzichten (neben anderen Verzichten in Salzgitter, die ebenso unverständlich sind), denn die zehntausend Arbeitslosen des Gebietes fallen unmittelbar nicht ihm, sondern der niedersächsischen Regierung zur Last. Der Fehler der niedersächsischen Stellen liegt darin, dass sie den Kampf um die zwei Hallen allein aufnahmen. Da ihnen Bonn nicht assistieren konnte, hätten sie sich der niedersächsischen Öffentlichkeit und darüber hinaus, weil es mit den eisenarmen Erzen von Salzgitter um ein europäisches Problem geht, der öffentlichen Meinung selbst ausserhalb Deutschlands bedienen müssen.

Das mag wie Rebellion gegen Bonn und gegen den Petersberg klingen, aber das Eingreifen beispielsweise der amerikanischen Gewerkschaften gegen manchen Demontage-Unsinn an der Ruhr hat bewiesen, dass der gesunde Menschenverstand sich manchmal doch noch durchsetzt. Im Falle Salzgitter wäre das, auf lange Sicht gesehen, nicht von Schaden gewesen, weder für die Deutschen, noch für die Engländer, noch für alle, die den Marshallplan so auslegen, wie er von seinen Urhebern gedacht ist. Statt dessen wird nun die Tragödie von Salzgitter bis zum trümmervollen Ende durchgeführt.

Was wird aus der Saar?

A.F. Paris, im Juli

Die für die Schumanplan-Verhandlungen zuständigen französischen Stellen messen der Saarfrage keinerlei praktische Bedeutung bei, da es ihres Erachtens das eigentliche Ziel der europäischen Montanunion ist, den nationalen Rahmen zu durchbrechen und Kohle sowie Stahl auf eine internationale, europäische Ebene zu stellen. Für die Politiker ist das Saarproblem leider noch nicht gänzlich von der Tagesordnung abgesetzt, zumal da gerade in Frankreich immer noch von der Ratifizierung der Anfang März 1950 unterzeichneten französisch-saarländischen Abkommen über die Ausbeutung der Kohlengruben sowie der wirtschaftlichen und politischen Stellung des Saarlandes die Rede ist.

In verschiedenen französischen Kreisen stellt man sich ernstlich die Frage, ob die Ratifizierung dieser Abkommen noch berechtigt, notwendig und zweckmässig sei. Seit März dieses Jahres hat sich nämlich in Europa und in der Welt manches geändert, nicht zuletzt dank der französischen Schumanplan-Initiative. Die zu schaffende Hohe Europäische Behörde gestattet Frankreich praktisch, auf dem Gebiete von Kohle und Stahl all das zu erreichen, was es aus wirtschaftlichen und politischen Gründen nach Beendigung des Krieges wünschte und durch die Sonderstellung der Saar sich sichern wollte. Es wäre demnach tatsächlich möglich, die gesamte Saarfrage in neuem Licht zu überprüfen und diesen Herd der Spannungen für die deutsch-französischen Beziehungen aus der Welt zu schaffen. Bedenklich stimmen in Paris ferner verschiedene Berichte über einen fühlbaren Wandel der öffentlichen Meinung in der Saar, wo man nach Verwirklichung der europäischen Montanunion die bisherigen französisch-saarländischen Beziehungen mehr oder weniger für überholt ansieht. Zu berücksichtigen ist schliesslich die Tatsache, dass die französischen Sozialisten von Anfang an die offizielle Saarpolitik missbilligten und eine etwas geschmeidigere Regelung dieser heiklen Angelegenheit für angebracht hielten. Die jüngste Entwicklung kann selbstverständlich ihre Auffassung nur bestätigen.

Grundsätzlich sollten die Saarabkommen von der Französischen Nationalversammlung vor den Sommerferien ratifiziert werden. Die Regierungskrise und die damit verbundene Verzögerung der Budgetdebatte dürfte das ausgearbeitete Arbeitsprogramm über den Haufen geworfen haben. Ausserdem hat die neugebildete Regierung den verständlichen

Wunsch, das Parlament so-bald wie möglich in die Sommerferien zu schicken. Die politischen Beobachter nehmen daher an, dass die Ratifizierung der Saarkonventionen zunächst stillschweigend bis Oktober vertagt wird, was aller Wahrscheinlichkeit nach auch dem französischen Aussenministerium nicht ganz unerwünscht ist, da es nach Möglichkeit mitten in den Schumanplan-Verhandlungen eine Saardebatte vermeiden, andererseits aber aus nicht unbegreiflichen Prestigegegründen offiziell auf die mühevoll vorbereitete und abgeschlossene Saarkonvention nicht ohne weiteres verzichten möchte. Eine Vertagung würde einer späteren Überprüfung der gesamten Angelegenheit jedenfalls die Tür offen lassen.

Zeitungen in Nordeuropa

RE Stockholm, 15 Juli

Wer die Zeitungsflut in Schweden kennt, wundert sich, dass in Norwegen und Dänemark noch mehr Zeitungen gelesen werden. Und doch geht aus einer kürzlichen Publikation der UNESCO hervor, dass auf je 1000 Einwohner pro Tag in Norwegen 472 Zeitungen entfallen, in Dänemark 403, in Schweden 382, in Finnland 275 und in Island 219. Weit über diesen Zahlen stehen die Engländer, die in der ganzen Welt die meisten Zeitungen lesen, nämlich 570 auf je 1000 Einwohner.

In den fünf Staaten Nordeuropas werden insgesamt 547 Tageszeitungen gedruckt; hiervon entfallen auf Norwegen 209, Schweden 137, Dänemark 131, Finnland 64 und Island 6. Die schwedischen Zeitungen übersteigen alle anderen an Umfang. Dies zeigen deutlich die Verbrauchsziffern für Zeitungspapier. Schweden verbraucht im Jahr 109.000 Tonnen, Dänemark 36.000 t, Finnland 27.000 t, Norwegen 24.000 und Island 640 t.

Unter den Zeitungspapier-Erzeugern steht Finnland mit 356.000 Tonnen an der Spitze der nordischen Länder, gefolgt von Schweden mit 327.000 t und Norwegen mit 157.000 t. Dänemark und Island müssen ihren gesamten Papierbedarf importieren. Die nordeuropäischen Erzeugerziffern werden von Nordamerika weit in den Schatten gestellt, denn Kanada, der grösste Zeitungspapier-Produzent der Welt, erzeugt bei einem Eigenverbrauch von 327.000 t fast 5 000 000 t, was ungefähr dem Jahresbedarf der Vereinigten Staaten entspricht. Die Vereinigten Staaten haben eine Jahresproduktion von 867.000 t.

In Westdeutschland entfallen auf je 1000 Einwohner 240 Zeitungen, also weniger als in Finnland. Zur Zeit werden bei einer Eigenproduktion von rund 162.000 t jährlich etwa 210.000 t Rotationspapier benötigt.

Wer wen wählen wollte

H.R. Das sich um die Entwicklung einer selbständigen deutschen Meinungsforschung bemühende EMNID-Institut in Bielefeld hat mit seinen drei - von Januar bis Mai 1950 - abgehaltenen Umfragen über den Ausgang der Landtagswahl am 18. Juni in Nordrhein-Westfalen gleichzeitig ein Bild über die soziologische Struktur der Wählermassen der verschiedenen Parteien ermittelt. Die Ergebnisse verdienen eine nähere Beachtung, zumal die Umfrage bei der Voraussage der Wahlbeteiligung und der Stimmenverhältnisse mit einer erstaunlich geringen Fehlerquote von etwa 1 Prozent durchaus erfolgreich gewesen ist. Die EMNID-Frager wollten wissen, ob und wen die Befragten wählen wollten.

In der Untersuchung trat, verglichen mit den älteren Jahrgängen, die grössere Unentschlossenheit der Jugend hervor. Bemerkenswert ist aber, dass die Rechtsparteien keine besondere Anziehungskraft auf die Jugend ausüben konnten. Es zeigte sich, dass die jugendlichen Jahrgänge (bis 30 Jahre) in der Hauptsache den Linksparteien zuneigten, während die Wahlbereitschaft für die CDU mit zunehmendem Lebensalter stieg.

Auch die befragten Frauen zeigten eine grössere Unentschlossenheit als die Männer. Erst etwa 68 Prozent der befragten Frauen gegenüber 83 Prozent der Männer hatten sich bei der letzten Umfrage, Anfang Mai, für eine bestimmte Partei entschieden. Nicht überraschend war der hohe Prozentsatz der mit der CDU sympathisierenden Frauen. Das Zentrum wurde fast nur von Frauen genannt. Demgegenüber war der Frauenanteil bei den voraussichtlichen SPD-Wählern gering. Die KPD fand bei den Frauen überhaupt kein Echo. Bei der FDP und der DP hielten sich Männer- und Frauenstimmen die Waage.

Die SPD trat in der kleinen Gruppe der freien Berufe, die sich fast nur für die bürgerlichen Parteien entschied, kaum in Erscheinung. Das SPD-Reservoir ist die Masse der städtischen Lohnempfänger geblieben, ferner die Angestellten, von denen allerdings die breite Schicht CDU wählen wollte und überdies die Landarbeiter, die aber eine grosse Wahlmüdigkeit zeigten. Beamte der höheren Einkommensgruppen bevorzugten in erster Linie die CDU, in zweiter Linie SPD und FDP. Die FDP rekrutiert ihre Wähler nach der Umfrage am meisten in den freien Berufen, den Selbständigen und den Angestellten. Ausser bei freien Berufen war der Prozentsatz der SPD-Wähler bei den Bauern am geringsten. In der Gruppe der Sozialrentner, Invaliden- und Pensionäre hielt die CDU bei aller-

dings hohem Anteil der SPD und einer gewissen Tendenz zu den Flügelparteien die Spitze. Überhaupt stand die CDU zum Zeitpunkt der Umfrage bei allen Berufsgruppen ausser den Arbeitern an erster Stelle.

Unterscheidungsmerkmale ergaben sich auch im Hinblick auf die Schulbildung der voraussichtlichen Wählermassen. Nach EMNID erhielt die SPD ihren Hauptanspruch aus der Masse der Volks- und Realschüler, während sich die CDU gleichmässig über alle Bildungsschichten erstreckte. Vollakademiker entschieden sich zum grössten Teil für die CDU. Interessant ist aber auch der hohe Anteil der rechtsextremen Splitterparteien und der DP an der Gruppe der Vollakademiker, von der nach EMNID nur wenige SPD wählen wollten. Nichtwähler waren unter den Befragten mit Hochschulbildung kaum vertreten. Auch Selbständige und freie Berufe wiesen einen ausgeprägten Wahlwillen auf, während Frauen, jüngere Wahlberechtigte, Bauern, Arbeiter und Sozialrentner Anfang Mai noch relativ unentschlossen waren, ob sie zur Wahl gehen sollten oder nicht.

Nichtwähler und Unentschlossene verteilten sich, konfessionell gesehen, ziemlich gleichmässig auf die verschiedenen Gruppen. Anfang Mai wollten 37 Prozent der befragten Katholiken die CDU wählen; bei den Protestanten waren es weniger. Für die SPD entschieden sich 20 Prozent der Katholiken, während die FDP wenig katholische Wähler gewinnen konnte. Die Anhängerschaft der SPD und CDU unter den Protestanten war fast gleich.

Diese Übersicht beansprucht eine begrenzte Genauigkeit, da die Umfragen aus äusseren technischen Gründen nicht vollkommen durchgeführt werden konnten. Sie lässt aber doch in groben Umrissen die politisch-soziologische Struktur der westdeutschen Wählerschaft erkennen. Damit wird deutlich, dass hier ein Hilfsmittel für die Politik liegt. Seine regelmässige Anwendung durch die Labour Party mag ein Beispiel dafür sein.

- - -

Nach Abzug der Besatzungsmächte... (sp.) Der Chef der sächsischen Grenzpolizei, Rau-Bischofswerder, erklärte auf einer Abschnittsleiter-Besprechung: "Die Volkspolizei ist nicht nur für die Sicherheit und Ordnung in der Sowjetzone da, die Masse der Volkspolizei hat auch noch andere, grössere Aufgaben zu bewältigen, die erst dann spruchreif werden, wenn die Besatzungsmächte Deutschland geräumt haben. Da die sowjetische Besatzungsmacht nicht mehr lange in Deutschland verweilen wird und die Westmächte dem sowjetischen Beispiel sicher folgen werden, werden die Divisionen der Volkspolizei die Einheit Deutschlands mit Waffengewalt wieder herstellen können. Darum ist es jetzt an der Zeit, die Volkspolizei auf einen militärischen Stand zu bringen".

- - -